

LANDESVERBÄNDE BADEN-WÜRTTEMBERG SONDERPÄDAGOGIK

Berufsverband Deutscher Hörgeschädigtenpädagogen (BDH)



Verband für Blinden- und Sehbehindertenpädagogik (VBS)



Verband Sonderpädagogik (vds)



Deutsche Gesellschaft für Sprachheilpädagogik (dgs)



Fachgespräch der vier sonderpädagogischen Fachverbände Sonderpädagogik mit Mitgliedern des Landtags am 09. Oktober 2024

Am 09. Oktober 2024 trafen sich wieder Vertreterinnen und Vertreter der vier Fachverbände BDH (Berufsverband Deutscher Hörgeschädigtenpädagogen e.V.), dgs (Deutsche Gesellschaft für Sprachheilpädagogik), VBS (Verband für Blinden- und Sehbehindertenpädagogik e.V.) und vds (Verband Sonderpädagogik e.V.) mit Parlamentariern des Landtags zu ihrem jährlichen Fachgespräch unter dem Thema

Thesen zu inklusiver Beschulung

Vertreter*innen von SPD, FDP und Grüne waren der Einladung gefolgt: Katrin Steinhülb-Joos (SPD), Thomas Poreski, Gudula Achterberg und Norbert Knopf (Grüne) sowie Dennis Birnstock (FDP/DVP).



von links nach rechts: D. Stephan, K. Brune, M. Metzmeier, C. Stöppler, N. Knopf, Dr. A. Theisel, T. Poreski, K. Steinhülb-Joos, D. Birnstock, G. Achterberg, S. Haug, T. Erdem

LANDESVERBÄNDE BADEN-WÜRTTEMBERG SONDERPÄDAGOGIK

Berufsverband Deutscher Hörgeschädigtenpädagogen (BDH)



Verband für Blinden- und Sehbehindertenpädagogik (VBS)



Verband Sonderpädagogik (vds)



Deutsche Gesellschaft für Sprachheilpädagogik (dgs)



Nach einer kurzen Vorstellungsrunde hatte jede Partei zwei Minuten Zeit, sich zu jeder der folgenden Thesen zu positionieren:

- Alle Kinder und Jugendliche profitieren vom gemeinsamen Unterricht.
- Diagnostische Erkenntnisse sind für die Bildung beeinträchtigter Kinder und Jugendlicher notwendig.
- Lehrkräfte für beeinträchtigte Kinder und Jugendliche müssen Generalisten sein.
- Sonderpädagogische Einrichtungen sind nicht Teil eines inklusiven Bildungssystems.

Anschließend gaben die Fachverbände jeweils ein gemeinsames Abschlussstatement, das an die Parlamentarier auch in Papierform ausgehändigt wurde. Zu jeder These entspann sich eine angeregte Diskussion.

Der prozessbegleitenden Diagnostik wurde von allen Beteiligten hohe Bedeutung beigemessen, um dem Recht der Kinder auf passgenaue Förderung angemessen nachkommen zu können. Lehrkräfte können nur das wahrnehmen und diagnostisch in den Blick nehmen, von dem sie wissen. Die Frage, ob Lehrkräfte grundsätzlich Generalisten sein und damit eine breite inklusive Bildung erhalten sollten oder ob spezielles fachrichtungsspezifisches Know-How in der Sonderpädagogik notwendig ist, wurde aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Einigkeit bestand darin, dass ausreichend Studienplätze für sonderpädagogische Lehrkräfte zur Verfügung stehen sollten, um das personelle Defizit im schulischen System sukzessive zu bewältigen. SBBZ werden von allen zumindest als Kompetenzzentren gesehen, die das fachrichtungsspezifische Know-How sichern und als ‚Durchgangsschule‘ auch in Zeiten der Inklusion für einige Kinder ein hilfreicher Lernort sein können. Inklusion ist mehr als gemeinsamer Unterricht und muss die Biografie der Kinder bis ins Arbeitsleben im Blick behalten.

Neben dem inhaltlichen Austausch hatte die Nikolauspflege in bewährter Weise für das leibliche Wohl gesorgt. Wir danken allen Beteiligten für den gelungenen und konstruktiven Austausch! In einem Jahr werden die Gespräche turnusgemäß fortgesetzt. Zwischendurch stehen alle Fachverbände den bildungspolitischen Sprechern selbstverständlich für Rückfragen zur Verfügung.

für die Fachverbände C. Stöppler, S. Haug, D. Stephan, M. Metzmaier, T. Erdem, K. Brune, Dr. A. Theisel